

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Karsten Hilse, Marc Bernhard, Steffen Kotré, Dr. Rainer Kraft, Carolin Bachmann, René Bochmann, Peter Boehringer, Dr. Malte Kaufmann, Edgar Naujok, Jan Wenzel Schmidt, Dr. Harald Weyel und der Fraktion der AfD

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundeskanzler zum Europäischen Rat am 29. und 30. Juni 2023

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:
 1. Die allen Vorhaben, insbesondere im Energiebereich, übergeordnete „Transformations“-Politik setzt hauptsächlich auf Mechanismen und Techniken (insbesondere „erneuerbare“ Energien), deren inhärente physikalische Grenzen erreicht und damit deren Effizienzverbesserungspotentiale längst ausgeschöpft sind. Die Anpassung aller Sektoren an die unvermeidbar volatile Energiebereitstellung von Windenergie und Photovoltaik ist zwangsläufig ineffizient und sehr kostenintensiv (Vorhalten von Speichern, Adaption der Nachfrage an das begrenzte Energieangebot, Erzwingung z. B. teurer Heizsysteme wie Wärmepumpen samt dann für schlecht gedämmten Gebäudebestand hohen Baukosten). Die Kosten allein durch die aktuellen Vorhaben im Rahmen des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) werden zwischen 0,6 bis mehrere Billionen Euro für die kommenden 20 Jahre abgeschätzt.
 2. Der beschleunigte Ausbau der erneuerbaren Energien ist daher nicht, wie von der Bundesregierung behauptet, Lösung des Problems sozial untragbarer und wettbewerbsfeindlicher Strompreise, sondern dessen Ursache. Zu den genannten kassierten Kosten der erneuerbaren Energien durch Verlagerung der hohen Investitions- und Betriebskosten der erneuerbaren Energien (für Speicher, Netzausbau, Engpassmanagement) auf Netzentgelte kommt die künstliche Verteuerung von fossilen Energiequellen und die Verknappung des Stromangebots mittels des Nutzungsverbots der Kern- und Kohlekraft in Deutschland hinzu. Die Konsequenz hiervon wird kein neues Wirtschaftswunder sein, wie es dem Bundeskanzler Olaf Scholz und seinem Bundeswirtschaftsminister Dr. Robert Habeck fernab jedweder Form von ökonomischen Grundlagenkenntnissen vorschwebt, sondern der konstante wirtschaftliche Abstieg einer der führenden Volkswirtschaften der Welt.

3. Diese Politik wird vor allem mit der Vermeidung vorgeblich katastrophaler klimatischer Zustände durch die Reduktion von CO₂-Emissionen und die angebliche Unmöglichkeit eines hinreichend sicheren Betriebes der erwiesenen kostengünstigen Kernenergie begründet. Beide Vorhaltungen entbehren jedoch jeder Grundlage, zeigen in höchster Deutlichkeit die extreme Unverhältnismäßigkeit der sogenannten Klimaschutzpolitik in allen Sektoren und somit ihren ideologischen, moralisierenden und diktierenden Charakter auf.
4. In diesem Zusammenhang stellt sich das Wirken des in diesem Politikbereich federführenden Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) als eine geradezu groteske Abkehr vom Anspruch, entsprechend moralisch wegweisend zu handeln, dar. Beispielsweise wurden in der Deutschen Energie-Agentur (DENA) seit der Einsetzung von (Ex-)Staatssekretär Graichen fast 140 Stellen geschaffen – ein Aufwuchs um 48 %.^{1, 2} So zeigt sich hier eine ausufernde, korrupt anmutende Begünstigung nahestehender Personen und Organisationen auf, während die fachliche Arbeit, insbesondere bei Initiativen, stark verbesserungsbedürftig erscheint, was die Bundesregierung offensichtlich vollkommen ignoriert – sie muss endlich schnell handeln und den verantwortlichen Bundeswirtschaftsminister Dr. Robert Habeck ersetzen.
5. Die Pläne der Bundesregierung, die zuverlässigen und seit Jahrzehnten bewährten Heizsystemen auf Basis fossiler Brennstoffe zu verbieten, sind abzulehnen. Der aktuelle Gesetzentwurf soll nach Medienberichten ab 2045 ein generelles Betriebsverbot für Öl- und reine Gasheizungen nach sich ziehen. Die Arbeiten des Wirtschafts- sowie des Bauministeriums an einem Gesetzentwurf zum Verbot des Einbaus neuer Gas- und Ölheizungen von 2024 an sind einzustellen. Die bisherigen Konzepte des Bauministeriums, die zusammen mit dem Wirtschaftsministerium erstellt worden sind, stellen eine unzumutbare Belastung der Hauseigentümer dar. Kein Gesetzentwurf kann der Kombination aus individuellen Wünschen, baulichen Gegebenheiten und sonstigen Rahmenbedingungen wie auch der Verfügbarkeit von Arbeitskräften und Materialien gerecht werden.
6. Der Einbau von Heizungsanlagen auf Basis ausschließlich fossiler Energieträger – vor allem Gas- und Ölheizungen ist auch weiterhin notwendig. Zum einen um die Versorgungssicherheit der bundesdeutschen Haushalte sicherzustellen, zum anderen um die bereits jetzt angespannte Stromversorgung nicht zu überlasten und nicht zuletzt, um den Neubau von dringend benötigtem Wohnraum auch weiter zu forcieren.
7. Der Geltungsbereich der geplanten Heizungsverbote würde sowohl für den Neubau als auch für Bestandsgebäude gelten, die logische Folge wäre eine weitere unzumutbare Verschuldung der privaten und öffentlichen Haushalte. Vor allem Wärmepumpen sollen laut Medienberichten künftig Standard für neue Heizungen werden. Ältere Heizungssysteme können jedoch mit den niedrigen Vorlauftemperaturen einer Wärmepumpe nicht arbeiten, was eine Komplettsanierung von Millionen Haushalten zur Folge hätte. In Deutschland müssten fast 45 Prozent aller Wohngebäude innerhalb von neun Jahren saniert werden. Bei Ein- und Zweifamilienhäusern wären sogar mehr als 50 Prozent des Bestands betroffen.³ Eine sozialverträgliche Umsetzung dieser Maßnahmen ist nicht darstellbar.

¹ <https://pleiteticke.de/trauzeugen-afaeere-habeck-ministerium-schuf-hunderte-neue-dena-stellen/>

² www.epochtimes.de/politik/deutschland/hoher-personal-aufwuchs-bei-der-energie-agentur-afd-forderruecktritt-von-habeck-clan-a4264985.html

³ www.welt.de/wirtschaft/plus243934709/Immobilien-Haeuser-in-der-EU-sollen-bis-2033-auf-hoeheren-Energieeffizienz-Standard-gebracht-werden.html

8. Eine Verengung des Heizgerätemarktes auf Hybridgeräte, Biomasseheizungen, sogenannten Grünen Gasheizungen, sowie Stromdirektheizungen und Fernwärme ist aufgrund der mangelhaft ausgebauten Infrastruktur, der mangelnden Verfügbarkeit von Rohstoffen und des Fachkräftemangels im Heizungsbau nicht darstellbar. Der Austausch einer Heizung ist nicht nur eine finanzielle Frage. Einer ganzen Nation den planwirtschaftlichen Wechsel der präferierten Heizungsarten zu verbieten ist in jeder Form unzumutbar.
9. Die Vorhaben im Rahmen der sogenannten Wärmewende, insbesondere zur Erfüllung von Vorgaben bzgl. Wärmeenergiequellen (mindestens zu 65 Prozent aus sogenannten erneuerbaren Energien) bei Gebäudeheizungen, bewirken mit Blick auf die desaströse, kostenintensive Energiepolitik erhebliche Verwerfungen für die gesamte deutsche Wirtschaft. Entlastende Subventionen zur Milderung der teuren Auflagen werden die Staatshaushalte dauerhaft belasten und verhindern die Abwanderung wertschöpfender Unternehmen nicht, sodass zusätzlich zu den eben genannten Effekten auch noch eine signifikante Schwächung der Wirtschaftsleistung Deutschlands droht.
10. In jedem Fall ist der Gefahr durch Verarmung und wirtschaftlichen Verfall deutlich höhere Priorität einzuräumen als irgendeiner Klimafiktion – keinesfalls rechtfertigt die höchst zweifelhafte und praktisch ausschließbare Annahme, die sogenannten „Treibhausgas-Emissionen“ des Menschen würden bedrohliche oder gar unbeherrschbare Klimaänderungen hervorrufen, teils noch gefährlichere Situationen bei der Versorgung der Bevölkerung hervorzurufen oder zu begünstigen. Dem deutschen Sonderweg, gleichzeitig aus Kohle- und Kernenergie auszusteiern, wird jedenfalls weltweit in dieser Weise nicht gefolgt.
11. Einschränkungen für die Verfügbarkeit kostengünstiger Energie sind ausschließlich durch menschliches Unverständnis begründet. Technisch gibt es keine Beschränkung für die Verfügbarkeit von kostengünstiger Energie, fossile Brennstoffe werden auch bei steigendem Energieverbrauch noch lange Zeit zur Verfügung stehen, Nuklearbrennstoffe sind nach menschlichen Maßstäben unbegrenzt verfügbar.
12. Wohlstand ist zwingende Voraussetzung für den Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen und dem Erhalt von Naturräumen. Wohlstand entsteht durch Nutzung von Technik und der jederzeitigen einfachen Verfügbarkeit kostengünstiger Energie für jedermann, nicht durch Deckelung des Energieverbrauchs, wie es das GEG bzw. seine aktuelle Novelle und der aktuelle Entwurf zu einem Energieeffizienzgesetz (EnEfG) des BMWK vorsieht. Nach Berechnungen des Ifo-Instituts müsste unter realistischen Annahmen zur Entwicklung des Bruttoinlandprodukts (BIP) und der Energieeffizienz das BIP bis zum Jahr 2030 um 20 Prozent sinken, um das vorgegebene Reduktionsziel des Endenergieverbrauchs zu erreichen.⁴

⁴ www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/gastkommentar-das-energieeffizienzgesetz-bedroht-das-wirtschaftswachstum-/29142748.html

13. Anthropogene CO₂-Emissionen sind kein entscheidender Bewertungsmaßstab für technische sowie wirtschaftliche und erst recht nicht umweltrelevante Prozesse. Selbst wenn es gelänge, die CO₂-Emissionen in Deutschland auf null zu senken, entspräche diese Mengenreduktion dem gleichzeitigen Zuwachs der weltweiten CO₂-Emissionen innerhalb von zwei Jahren. Jede Senkung von CO₂-Emissionen in Deutschland durch verringerten Verbrauch von fossilen Treibstoffen senkt weder den globalen Treibstoffverbrauch noch globale CO₂-Emissionen, da beides durch ökonomische Wirkungsmechanismen zwischen Nachfrage, Angebot und Preis nur in andere Staaten verlagert wird (sogenanntes „grünes Paradoxon“). Nicht nur ist diese Politik der Bundesregierung zur Einsparung von CO₂-Emissionen in jedem Fall unwirksam, sie wirkt vor dem Hintergrund der weltweit höchsten CO₂-Produktivität der deutschen Wirtschaft und der Abwanderung von Unternehmen ins Ausland auch kontraproduktiv auf die international gesetzten Ziele zur weltweiten CO₂-Reduktion.⁵
14. In den letzten 30 Jahren wurde in der offiziellen Darstellung (Medien, Bundesregierung) eine Erwärmung des Klimas immer als Katastrophe mit verheerenden Folgen dargestellt, Vorteile einer Erwärmung, die durch vergangene Warmzeiten belegt sind, wurden jedoch ausgeblendet oder abgestritten. Eine Anpassung an den Klimawandel allgemein, welcher von natürlichen Faktoren dominiert wird, ist nicht nur erheblich wirksamer ergo zielführender, sondern auch mit substantiell weniger Aufwand verbunden. Seit Jahrtausenden haben sich Menschen an veränderte Umweltbedingungen angepasst, in den letzten 30 Jahren wurde in der offiziellen Darstellung der Bundesregierung jedoch zu keinem Zeitpunkt ernsthaft erwogen, ob es sinnvoller ist, sich an den Klimawandel anzupassen, statt irrationalen „Klimaschutz“ zu betreiben.
15. Die angeblichen Beeinträchtigungen durch einen vom Menschen verursachten Klimawandel beruhen auf unbelegten, einseitig ausgelegten, hypothetischen Annahmen. Anzahl und Intensität von Extremwetterereignissen (Stürme, Dürren, Überschwemmungen) schwanken immer, es gibt aber keine Anzeichen (Wettermessdaten) für eine abweichende Entwicklung, die Trends weisen eher auf eine Abschwächung hin, alarmistische Aussagen sind nicht gerechtfertigt - sämtliche Befürchtungen beziehen sich auf kaum belastbare Prognosen. Der Meeresspiegel folgt über lange Zeiträume dem Zyklus der Eiszeiten, es gibt keine Anzeichen (Pegelmessdaten) für eine abweichende Entwicklung, die alarmistische Aussagen rechtfertigen würden – der Anstieg des Meeresspiegels beträgt nur wenige Millimeter pro Jahr.
16. Die seit Jahrtausenden bekannten natürlichen Schwankungen des Klimas fielen teilweise intensiver und in kürzeren Zeiträumen aus, als sie aktuell beobachtet werden.
17. Es gibt keinen wissenschaftlichen Beweis für einen maßgeblichen oder gar gefährlichen Einfluss auf das Weltklima durch vom Menschen verursachte CO₂-Emissionen. Hierzu gibt es zwar viele Hypothesen, die aber weder durch Belege noch Beobachtungen gestützt werden, noch gibt es einen wissenschaftlichen Konsens. Die Klimamodelle, angewandt seit grob 30 Jahren, belegen dies zumindest nicht – auch deswegen, weil deren Methodologie hierfür inhärente, entscheidende Schwächen birgt und die Datenlage der Temperaturentwicklung der letzten zwei Jahrzehnte sich grundlegend von den Modellprognosen beziehungsweise -szenarien unterscheidet. Die „Klimaforschung“ steckt noch in den Anfängen, sie ist keineswegs abgeschlossen („the science is settled“), viele Zusammenhänge sind zwar beschrieben, aber noch nicht wissenschaftlich überprüft. „Klimaprognosen“ sind kaum aussagefähig, „Klimaszenarien“ sind eine erdachte Konstruktion und keine Vorhersage.

⁵ www.faz.net/aktuell/wirtschaft/klimaschutz-deutschland-holt-viel-aus-seinem-co2-ausstoss-18632023.html

18. „Klimaschutz“ ist ein politischer Kampfbegriff, das Klima lässt sich nicht „schützen“, der menschliche Einfluss auf das Klima ist umstritten. Unumstritten ist dagegen die Notwendigkeit für eine radikale Korrektur der Politik des Kabinetts von Olaf Scholz – hin zur Freiheit von Korruption in Bundesministerien sowie zur freien Wahl von Heizsystemen und Kraftwerkstypen durch freie Bürger und Unternehmen, die ihre Entscheidungen gemäß ihren eigenen Präferenzen und Möglichkeiten treffen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. dem Deutschen Bundestag Gesetzesänderungen für die ersatzlose Streichung folgender Gesetze vorzulegen:

- a) Gesetz zur Einsparung von Energie und zur Nutzung erneuerbarer Energien zur Wärme- und Kälteerzeugung in Gebäuden (Gebäudeenergiegesetz – GEG);
- b) Gesetz über Energiedienstleistungen und andere Energieeffizienzmaßnahmen (EDL-G) und Verzicht auf die Novelle des Gesetzes zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Änderung des Energiedienstleistungsgesetzes (EnEfG);
- c) Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG 2023);
- d) Gesetz über einen nationalen Zertifikatehandel für Brennstoffemissionen (Brennstoffemissionshandelsgesetz – BEHG);
- e) Gesetz über den Handel mit Berechtigungen zur Emission von Treibhausgasen (Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz – TEHG)
- f) Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG);

2. die Verwerfungen vor allem in der Energiepolitik und bei der sogenannten Wärmewende endlich zu erkennen, diese endgültig abzustellen und hierbei

- a) darauf hinzuarbeiten, dass die auf den sogenannten Klimaschutz basierenden Transformationsvorhaben eingestellt beziehungsweise, soweit möglich, zurückgenommen und sämtliche Maßnahmen zur erzwungenen Vermeidung von CO₂ abgestellt werden;
- b) darauf hinzuwirken, bewährte auf Erdöl oder Erdgas basierende Heizsysteme nicht zu verbieten und Bauvorhaben erheblich kostengünstiger zu gestalten;
- c) darauf hinzuwirken, sämtliche Maßnahmen zur CO₂-Bepreisung oder Verknappung von Energieträgern abzuschaffen, die beispielsweise direkt oder indirekt selektiv bestimmte Heizstoffe verteuern und so beispielsweise den Wechsel von Heizsystemen faktisch erzwingen würden;
- d) darauf hinzuwirken, dass das Energieangebot mit kostengünstigen und grundlastfähigen Techniken wie z. B. der Kernenergie deutlich ausgeweitet und dabei sämtliche andauernde Privilegierungen von sogenannten erneuerbaren Energien (insbesondere deren Vorrangspeisung bzw. das Erneuerbare-Energien-Gesetz) beendet bzw. abgeschafft werden, um etwa den Preisdruck im Energiesektor und so die Energiebeschaffungskosten deutlich zu mindern sowie

3. die Verantwortung des Bundeswirtschaftsministers für die Missstände und Ungeheimheiten im Personalwesen, bei der Ressourcenverwendung und beim Betrieb des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz zu übernehmen, diese Missstände endlich abzustellen und die Entlassung des Bundeswirtschaftsministers durch den Bundeskanzler zu erwirken.

Berlin, den 13. Juni 2023

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

5,4 Millionen Ölheizungen werden in Deutschland betrieben.⁶ Durch die Novelle des Klimapakets vom Juni 2021 sollen die durch die EU diktierten Klimaziele bei der Bevölkerung erzwungen werden. Ziel ist es die sogenannten klimaschädlichen Emissionen bis zum Jahr 2030 um 65 Prozent gegenüber 1990 zu senken.⁷

Im Zuge des Klimapakets soll der Kauf von Ölheizungen ab 2024 verboten werden, gleichzeitig erwägt das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz seit September letzten Jahres ernsthaft den Einsatz sogenannter „Power Barges“. Dabei handelt es sich um Schweröl-Kraftwerksschiffe zur Stromerzeugung.⁸

Dass es für bestehende Ölheizungen keine Pflicht zum Austausch, zur Stilllegung oder zur Neuinstallation nach 2024 gibt, ist faktisch falsch, da das Gebäude-Energie-Gesetz (GEG) die Austauschpflicht für Heizkessel, die älter als 30 Jahre sind fest schreibt. Die mit dem blumigen Begriff „Wärmewende“ umschriebenen kommenden Zwangsmaßnahmen für Deutschlands Bürger⁹ wirken umso scheinheiliger, je mehr Kernkraftwerke unter fadenscheinigen oder gar unwahren Begründungen des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz abgeschaltet werden¹⁰, während zeitgleich und angeblich befristet, zwölf Kohlekraftwerke wieder ans Netz gebracht werden die jedes Erreichen von Emissionseinsparungen ad absurdum führen.

Die Reduktion des Wärmebedarfs in Gebäuden ist eine zentrale Notwendigkeit für die Bundesregierung, nicht für den Klima- oder Umweltschutz, sondern um das Scheitern der Energiewende und das Verfehlen der planwirtschaftlichen Klimaziele zu kaschieren. Die Belastung für die Hauseigentümer dürfte die Erfüllungsmöglichkeiten der Bürger und Unternehmen bei weitem übersteigen, vor allem in Bezug auf die angekündigten Pläne der massiven Ausweitung der Wärmedämmungspflicht durch die EU-Exekutive die in ihrem Umfang noch gar nicht abzusehen sind. Es steht zu befürchten, dass die Eigentümer hier eine doppelte Belastung erfahren.¹¹

Auch die Verordnung zur Sicherung der Energieversorgung durch kurzfristig wirksame Maßnahmen (EnSikuMaV) setzt auf Zwang, ohne irgendeine Tiefenwirkung zu entfalten. Der einzige Effekt ist eine weitere Verknappung der wertvollen Arbeitszeit der Handwerksbetriebe im Heizungsbau, die nun Millionen Arbeitsstunden für Kontrollmaßnahmen aufwenden müssen.¹²

⁶ www.deutsche-handwerks-zeitung.de/verbot-von-oelheizungen-das-soll-ab-2026-gelten-135538/

⁷ www.bundesregierung.de/breg-de/themen/klimaschutz/klimaschutzgesetz-2021-1913672

⁸ www.focus.de/politik/deutschland/oelbetriebene-power-barges-die-schwimmende-dreckschleuder-ueber-die-habeck-jetzt-nachdenkt_id_163908139.html

⁹ www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/Energie/65-prozent-erneuerbare-energien-beim-einbau-von-neuen-heizungen-ab-2024.pdf?__blob=publicationFile&v=6

¹⁰ <https://presse-augsburg.de/interne-dokumente-wecken-zweifel-an-ergebnisoffener-akw-pruefung/827647/>

¹¹ www.euractiv.de/section/energie-und-umwelt/news/eu-draengt-auf-gebaeudeisolierung-zur-beendigung-der-abhaengigkeit-von-russischem-gas/

¹² www.infranken.de/ratgeber/verbraucher/neue-energieverordnung-heizungscheck-ab-oktober-2022-pflicht-art-5528770

Die sogenannte Wärmewende muss hier zusammen mit der „Energiewende“ gesehen werden. „Erneuerbare“ Energiequellen wie Wind und Photovoltaik sind intrinsisch ineffizient, was lediglich durch die Vorrang einspeisung, die die Kosten teilweise auf den Netzsektor verlagert, sowie durch die Anpassung der Energienachfrage an das Angebot kaschiert wird. Trotzdem verblieben die Energiekosten in Deutschland auf allen Sektoren auf weltweit höchstem Niveau.

Fast alle Transformationsvorhaben wie die „Energie-“ und „Wärmewende“ sind auf der sogenannten Klimaschutzpolitik – hauptsächlich hier auf der Notwendigkeit der Vermeidung von CO₂-Emissionen – gegründet und zeigen nun ihre unübersehbaren volkswirtschaftlichen Verwerfungen. Dabei ist mindestens höchst fraglich, dass diese Emissionen derart bedenkliche oder gar gefährliche klimatische Änderungen verursachen und somit die genannten Vorhaben auch nur annähernd verhältnismäßig erscheinen lassen würden. Eine Abwendung dieser wohlstandsgefährdenden Missstände ist nur durch Rücknahme der Transformationsvorhaben möglich bzw. notwendig und wegen fehlender Verhältnismäßigkeit dringend geboten.

Ein nennenswerter Einfluss von CO₂ auf das Klima der Erde ist weder erkennbar noch wissenschaftlich reproduzierbar nachgewiesen. Der „UN-Weltklimarat“ IPCC konstatierte in seinem dritten Sachstandsbericht von 2001^{13,14}: „In Sachen Klimaforschung und -modellierung sollten wir anerkennen, dass es sich dabei um ein gekoppeltes, nicht-lineares, chaotisches System handelt. Deshalb sind längerfristige Vorhersagen über die Klimaentwicklung nicht möglich.“ Diese Aussage bleibt nach Einschätzung vieler Experten weiterhin gültig. Die größte Schwäche des Pariser Übereinkommens ist nach wie vor, dass kein Temperatureingangswert genannt wird, über welchem die Temperatur nicht um 1,5 Grad Celsius steigen soll. Damit ist eine Überprüfbarkeit aller Maßnahmen auf Wirksamkeit ausgeschlossen. Auch der 6. IPCC-Bericht behebt diesen Fehler nicht.

Prof. Dr. Fritz Vahrenholt hat sich in mehreren Artikeln zum sechsten Sachstandsbericht des IPCC aus dem Jahr 2021 geäußert^{15,16}, sein Fazit: „Der neue Klimabericht behauptet Zusammenhänge zwischen Extremwetterlagen und Klimaentwicklung. Um die Dramatik zu erhöhen, wird das Extrem-Szenario ausgewalzt. Was untergeht dabei:

Der Klimabericht bestätigt im Kleingedruckten ausdrücklich die Fähigkeit der Erde, zunehmenden CO₂-Ausstoß aus der Luft wieder aufzunehmen.“ Im Einzelnen schreibt er an mehreren Stellen (hier die folgenden vier Absätze) zum 6. IPCC-Bericht:

„Erstmals bringt der IPCC Extremwetterereignisse mit dem menschengemachten Klimawandel in Zusammenhang. Im letzten Sonderbericht zum Extremwetter aus dem Jahre 2012 hieß es noch, dass es keine gesicherten Trendinformationen gibt, die eine anthropogene Beeinflussung annehmen lassen. Jetzt heißt es, dass es Hinweise auf einen menschlichen Einfluss gibt auf beobachtete Veränderungen bei Extremen wie Hitzewellen, Starkniederschlägen, Dürren und tropischen Wirbelstürmen. Hierdurch wird es jetzt möglich, jedes extreme Wetterereignis in einen Zusammenhang mit CO₂-Emissionen zu bringen. Das ist viel wirkungsvoller, um politischen Druck zu erzeugen als durch die doch relativ wenig Angst erregende Temperaturentwicklung.“

„Überraschenderweise hat der IPCC die mittelalterliche Wärmeperiode von 900 bis 1200 aus dem Klimabericht und somit aus dem Klimagedächtnis der Menschheit gestrichen. Die erste Grafik des Berichts, SPM.1, gibt den Temperaturverlauf der letzten 2000 Jahre wieder. Vom Jahre 1 an zeigt die Kurve einen ständig leicht abfallenden Trend bis 1850, um dann die Temperatur bis heute stark ansteigen zu lassen. Ein neuer Hockeystick ist erschaffen. So kann der Weltklimarat behaupten, dass es seit 125 000 Jahren noch nie so warm war wie heute. Zahlreiche wissenschaftliche Publikationen (an fünf war ich selbst beteiligt) dokumentieren zwar, dass die mittelalterliche Wärmeperiode etwa so warm war wie heute (wie es auch noch der 5. Klimazustandbericht beschrieb). Aber nun wird auch noch das Atlantikum vor 6500 bis 8500 Jahren kaltgeschrieben. Das war die Zeit, in der sich Nilpferde in der Sahara tummelten und wenig später Ötzi über die Ötztaler Alpen wanderte. Dutzende von Veröffentlichungen hatten belegt, dass die Temperaturen damals 3 Grad höher waren als heute. Alles nicht mehr wahr (siehe ‚Unerwünschte Wahrheiten‘, S. 34 bis S. 54). Im letzten IPCC-Bericht von 2013 hieß es noch ‚Im kontinentalen Maßstab zeigen Temperaturrekonstruktionen der mittelalterlichen Klima-Anomalie (Jahre 950 bis 1250) mit

¹³ www.ipcc.ch/site/assets/uploads/2018/03/WGI_TAR_full_report.pdf

¹⁴ <https://archive.ipcc.ch/ipccreports/tar/wg1/pdf/TAR-14.PDF>

¹⁵ www.tichyseinblick.de/kolumnen/klima-durchblick/klima-horror-modelle-mit-extrem Szenarien/

¹⁶ www.wattenrat.de/2021/08/09/prof-dr-fritz-vahrenholt-zum-ipcc-klimabericht-2021/

hohem Vertrauen Intervalle von Jahrzehnten, die in einigen Regionen so warm waren wie im späten 20. Jahrhundert.““

„Der IPCC geht auch auf die natürlichen Senken für die CO₂-Emissionen ein, ein Thema, was ja seit der Glanzleistung des deutschen Bundesverfassungsgerichtes allgemein bekannt geworden ist. Wie wir in unserem Buch über das Verfassungsgerichtsurteil ‚Unanfechtbar?‘ beschrieben haben, ist der Satz des Gerichtes falsch: ‚Nur kleine Teile der anthropogenen Emissionen werden von den Meeren und der terrestrischen Biosphäre aufgenommen [...] Der große Rest anthropogener Emissionen verbleibt aber langfristig in der Atmosphäre‘. In den zum Bericht veröffentlichten FAQs (Frequently asked Questions) bestätigt der IPCC unsere Kritik am Verfassungsgericht. Unter Ziffer 5.1 heißt es: ‚Beobachtungen [...] zeigen, dass die Atmosphäre nur etwa die Hälfte des CO₂ aufgenommen hat, dass durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe und Landnutzungsänderungen wie die Abholzung von Wäldern ausgestoßen wurde. Natürliche Prozesse des Kohlenstoffkreislaufs an Land und in den Ozeanen haben den Rest dieser Emissionen aufgenommen. Dieser Abbau an Land und in den Ozeanen, oder ‚Senken‘, ist weitgehend proportional zum Anstieg der CO₂-Emissionen gewachsen und hat im Zeitraum 2010 bis 2019 31 Prozent (Land) bzw. 23 Prozent (Ozeane) der Emissionen aufgenommen.‘ Wir haben das in ‚Unanfechtbar?‘ umgerechnet auf ppm: 4,7 ppm werden ausgestoßen, 55 Prozent, das sind 2,6 ppm werden durch die Natur aufgenommen.“

„Die Sonne spielt bei der Erwärmung im neuen IPCC- Bericht keine Rolle. Sie wird im Bericht in der Grafik SPM.2 mit Null angegeben. Daher füge ich etwas aus der realen Welt der Messungen bei, an die man sich als Naturwissenschaftler eher orientieren sollte: Die Sonnenscheindauer in Europa und die Wolkenbedeckung in Europa, gemessen durch Satelliten im Rahmen des Copernicus-Programms. Die Autoren schreiben, dass signifikanter überdurchschnittlicher Sonnenschein von Januar bis Mai den Anstieg der jährlichen Sonnenscheinstunden seit 40 Jahren ansteigen lässt. 200 Sonnenscheinstunden mehr im Jahr, pro Tag mehr als eine halbe Stunde – das ist doch eine Nachricht wert. Eine ähnliche Tendenz gibt es seit 2000 weltweit. Diese spannende Entwicklung der letzten 40 Jahre, die in der wissenschaftlichen Literatur als cloud thinning (Wolkenausdünnung) beschrieben wird, hat die Klimaentwicklung der letzten Jahrzehnte in viel größerem Masse beeinflusst, als man bislang glaubte. In der summary for policymakers kommt dieser Effekt nicht vor. Die noch nicht zu beantwortende Frage ist, ob der Anstieg der Sonnenscheinstunden ein natürlicher Vorgang ist, oder ob er mit dem Rückgang der Schwefel- und Staubaerosole seit den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts zusammenhängt oder ob das durch eine CO₂-Rückkopplung auf die Wolken bewirkt worden ist. Wir wissen es noch nicht, aber in einigen Jahren wird sich das sicher herausstellen.“

Tatsächlich wohnt Prognosen der klimatischen Entwicklung, die über einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren hinausgreifen, nach wie vor keinerlei Vorhersagekraft mehr inne. Die Klimaforschung behilft sich daher mit Szenarien, die zwar plausibel und in sich widerspruchsfrei sind, denen aber aufgrund ihrer Konstruktion keine Eintrittswahrscheinlichkeiten zugeordnet werden können. Allein der unvermeidbare statistische Fehler bei der Bestimmung des Langwellenstrahlungseffekts der Wolkenbildung in Standard-Klimamodellen ist über hundertmal größer¹⁷ als der Effekt, der nach diesen Modellen vom CO₂ verursacht sein soll. Im Gegenteil – das Klima kann und muss nicht vor hohen CO₂-Gehalten in der Atmosphäre geschützt werden, wie erdgeschichtliche Daten zeigen¹⁸.

Die Prognosen zur Klimasensitivität des CO₂ mussten immer wieder, stets nach unten, korrigiert werden, da selbst die Korrelation zwischen Temperaturverlauf und CO₂-Konzentration deutlich abnahm. Entscheidend ist aber, neben außerordentlich extremer Empfindlichkeit auf selbst kleinste Temperaturvorgaben, dass die Klimamodelle als Voraussetzung einen anthropogenen Einfluss zwingend unterstellten¹⁹, da kann es nicht verwundern, dass ein solcher Einfluss auch als Ergebnis herauskommt. Das ist eine entscheidende Schwäche vieler Klimamodellierungen und stellt nichts weiter als einen Zirkelschluss dar. Die Projektionen sind aber auch nach 30 Jahren nicht eingetreten und damit widerlegt worden, sodass es wenig erstaunt, dass nun im Lichte geringer Temperaturänderungen vermehrt, weniger über bedenkliche Temperatur-, sondern mehr über extreme Wetteränderungen gewarnt wird. Da Menschen viel eher Wetter- als Klimaparameter wahrnehmen, muss die Kommunikation der Bedrohung folglich verlagert werden.

¹⁷ www.frontiersin.org/articles/10.3389/feart.2019.00223/full

¹⁸ www.eike-klima-energie.eu/2017/07/08/beweise-fuer-die-unwirksamkeit-von-co2-bei-der-klima-entwicklung/

¹⁹ www.science-climat-energie.be/sce-info-a-nobel-prize-for-mathematical-models/

Auch der vielzitierte wissenschaftliche Konsens über den Klimawandel gilt nur insofern, als eine Mehrheit der Klimawissenschaftler der Meinung ist, dass der Klimawandel real und zumindest teilweise vom Menschen verursacht sei. Über das Tempo des Klimawandels gibt es nach wie vor eine Kontroverse, ebenso über die Aussagekraft von Klimamodellen^{20, 21}, über die Höhe des menschlichen Anteils am Klimawandel²², über die direkten und indirekten Einflüsse der Sonne und der Wolkenbildung, über den Wärmeaustausch zwischen Atmosphäre und Ozeanen und über die CO₂-Bindekraft von Pflanzen. Auch Art und Ausmaß der Auswirkungen des überwiegend natürlich bedingten Klimawandels auf unseren Planeten oder konkrete Wege zu seiner Bewältigung sind von einem weltweiten Konsens unter allen Experten nicht umfasst.

Das IPCC kam 2014 zu der Schlussfolgerung, dass mit einer weiteren Erwärmung eine globale Zunahme von Hitzewellen und mit regionalen Unterschieden auch ein häufigeres Auftreten extremer Niederschläge wahrscheinlich seien, jedoch keine solche Aussage in Bezug auf Orkane, Tornados, Überflutungen und Dürren getroffen werden könne. Indes verursachten bisher ausgerechnet Hitze und starke Niederschläge als Extremwetterereignisse die verhältnismäßig geringsten Schäden. Zudem nehmen klimainduzierte Todesfälle seit Jahrzehnten dramatisch ab. Die Anzahl der Toten durch Stürme, Dürren, Überflutungen, Erdbeben, Lauffeuer und extreme Temperaturen ist in den letzten 90 Jahren um 95 Prozent zurückgegangen.²³ Und dies, obwohl sich im gleichen Zeitraum die Weltbevölkerung mehr als verdreifacht hat. Ursache des Rückgangs der Opferzahlen sind technologischer Fortschritt und steigender Wohlstand.

Menschen sind immer besser in der Lage, Extremwetter vorherzusehen, sich vorzubereiten, die Versorgung sicherzustellen, geeignete Notfallmaßnahmen durchzuführen und sich somit auch physisch rechtzeitig vor klimatischen Gefahren zu schützen^{24, 25}. Der Klimawandel, mehr noch dessen anthropogener Anteil, ist in dieser Hinsicht bislang jedenfalls nach Ansicht der Antragssteller kein relevantes Problem für die Menschheit. Die bisher bestehenden beziehungsweise aktuell geplanten internationalen Abkommen zur Klimapolitik sind für Deutschland mit erheblichen Nachteilen verbunden, ohne einen Gewinn für die Umwelt darzustellen.

²⁰ www.eike-klima-energie.eu/2019/10/01/gespenstische-klimamodelle/

²¹ www.frontiersin.org/articles/10.3389/feart.2019.00223/full

²² www.eike-klima-energie.eu/2019/07/12/menschliche-co2-emissionen-haben-kaum-auswirkungen-auf-den-atmosphaerischen-co2-gehalt/

²³ <https://ourworldindata.org/ofdacred-international-disaster-data/>

²⁴ www.eike-klima-energie.eu/2017/09/13/naturkatastrophen-noch-nicht-erlebt/

²⁵ www.eike-klima-energie.eu/2016/01/13/munich-re-presseinfo-natur-fordert-mehr-opfer-naturkatastrophen-wie-erdbeben-ueberschwemmungen-und-hitzewellen-haben-2015-deutlich-mehr-menschenleben-gekostet-als-im-vorjahr/

